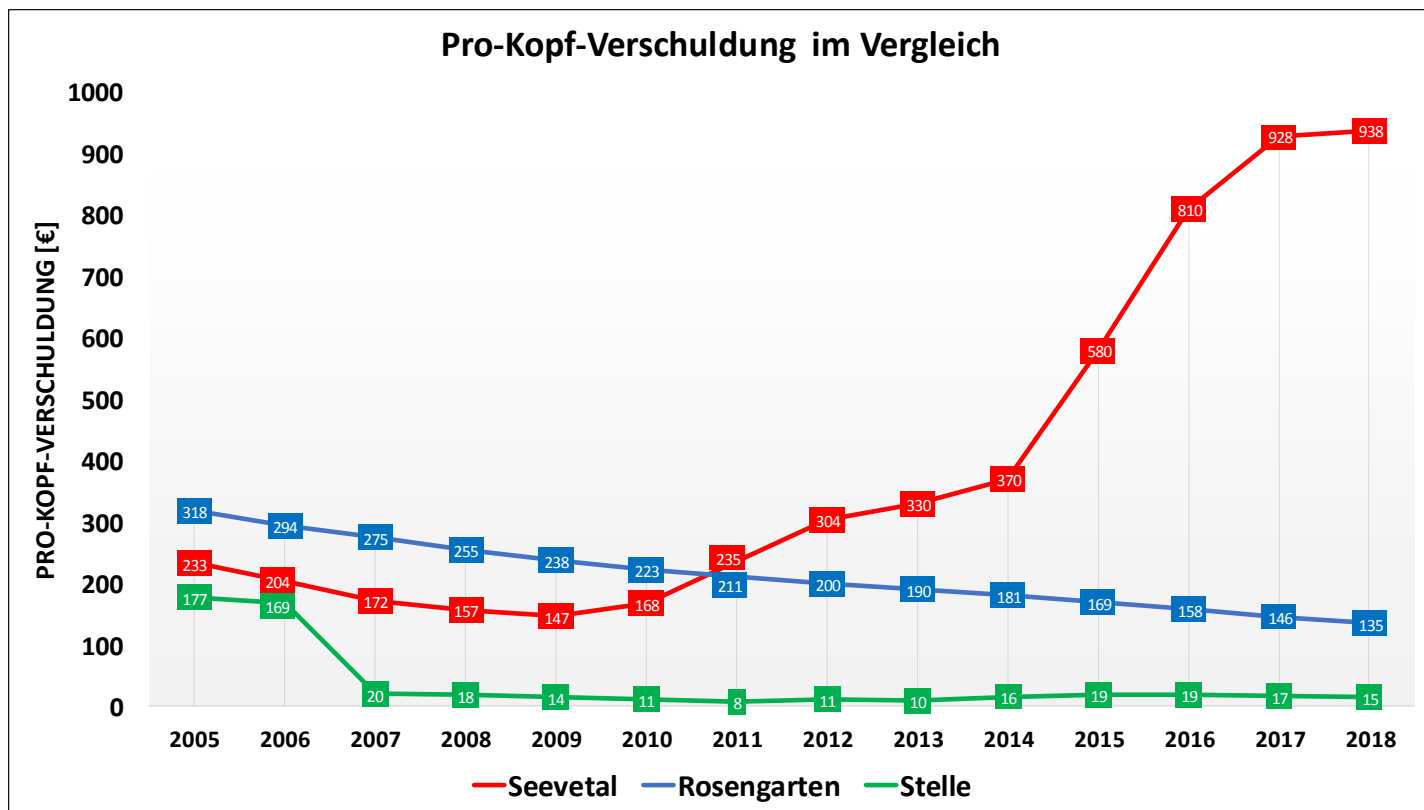


Massive Steuererhöhungen für Seevetal ab 2015, auch Mieter sind betroffen!

CDU/FDP-dominierter Gemeinderat führt die Gemeinde Seevetal in die größte Finanzkrise seit ihrer Gründung 1972!



Trotz kräftiger Steuererhöhungen von bis zu 18 % ab 2015 explodiert die Verschuldung der Gemeinde Seevetal bis 2018 auf 37,5 Millionen € (=> Pro-Kopf-Verschuldung = 938 €)¹. Sollte sich an der politischen Lage nichts ändern, ist mit weiteren Steuererhöhungen zu rechnen.

Das Schaubild zeigt die Entwicklung der Verschuldung von Seevetal¹ im Vergleich zu den Nachbargemeinden Rosengarten² und Stelle³.

Um die Zahlen vergleichen zu können, wurden die Gesamtschulden auf sog. „Pro-Kopf-Verschuldungen“ heruntergerechnet.

Die Kämmerereien sind verpflichtet, in ihren Haushalten eine Zukunftsprognose zu verfassen, welche drei Jahre über das Haushaltsjahr hinausreicht. Die Werte ab 2015 beruhen also auf sachlich fundierten Schätzungen.

Es fällt auf, dass Seevetal bei der Verschuldung bis etwa 2010 mit den

Nachbargemeinden etwa gleichauf liegt. Erst danach kommt es zu einem dramatischen Anstieg. Hierbei drängt sich die Frage auf, **warum die Gemeinde Seevetal neuerdings wesentlich schlechter wirtschaftet als vergleichbare Gemeinden aus der Nachbarschaft?**

Die Gründe für die Finanzmisere finden Sie auf den folgenden Seiten.

Quellen:

¹Haushalt der Gemeinde Seevetal 2015, Seite 14.

²Haushalt der Gemeinde Rosengarten 2014/2015, Seite 7 + Stellungnahme der Kämmererei.

³Haushalt der Gemeinde Stelle 2015, Seite 10.

Die weiteren Themen:

Ursachen der Finanzmisere Seite 3

Kommt die Tank- u. Rastanlage nach Meckelfeld? Seite 6

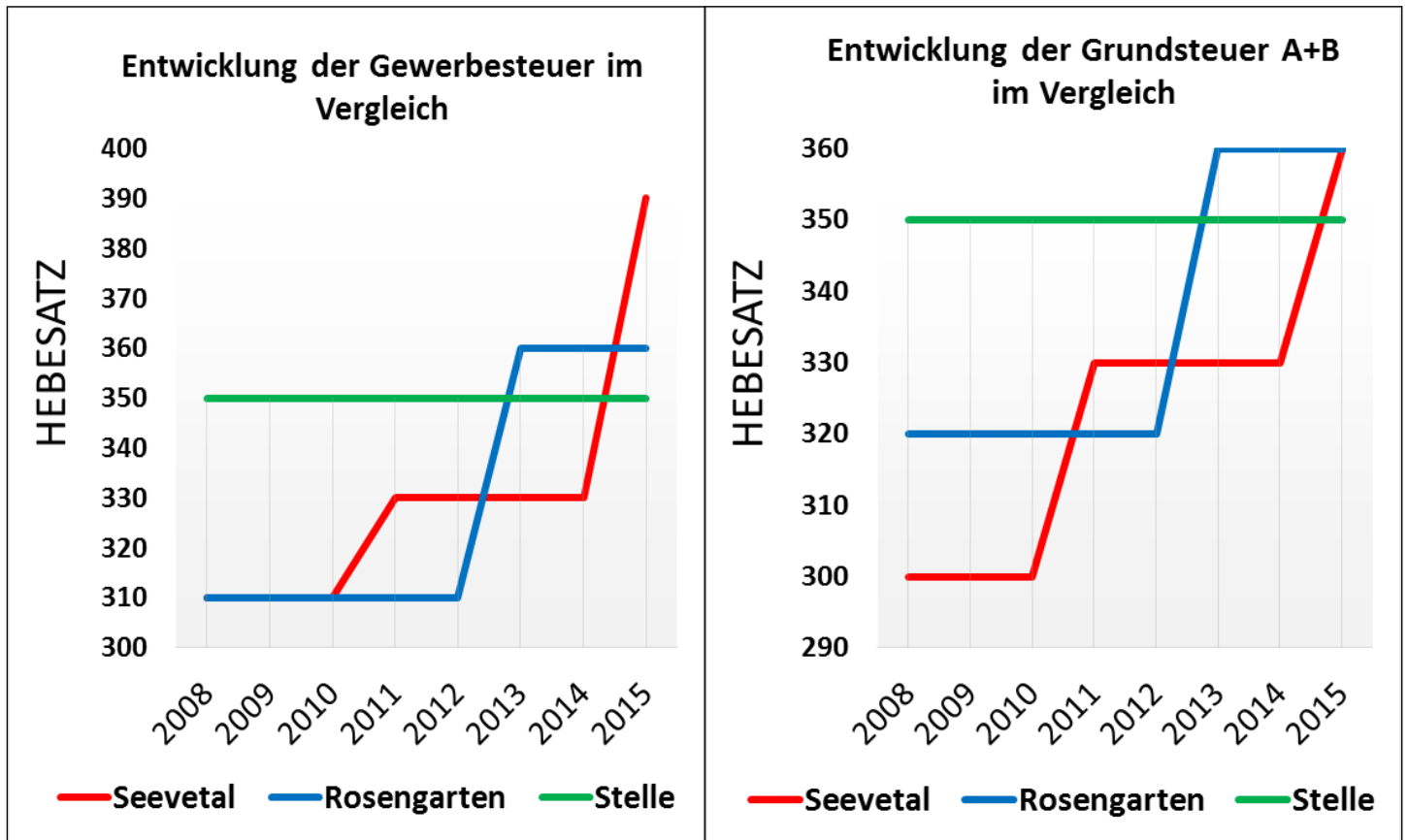
Sanierungsstau auf unseren Straßen zu Lasten der Anlieger? Seite 7

Asylbewerber: Bund wälzt Probleme auf die Kommunen ab. Seite 7

Neue Flächennutzungsplanung. Welche Orte sind besonders betroffen? Seite 8

Steuererhöhungen ohne Ende?

Die aktuell beschlossenen erheblichen Steuererhöhungen beruhen zu großen Teilen auf Fehlentscheidungen unserer sogenannten etablierten Parteien CDU/FDP und SPD/Grüne und wären in diesem Ausmaß vermeidbar gewesen.



Linkes Schaubild: Auf diesem Schaubild ist die Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze im Vergleich zu den Gemeinden Rosengarten¹ und Stelle² dargestellt. Obwohl die Steuersätze 2011 bereits um 20 Prozentpunkte von 310 auf 330 erheblich gestiegen sind, folgt nun eine weitere kräftige Erhöhung um 60- auf 390 Basispunkte³.

Rechtes Schaubild: Während die Seevetaler Grundbesitzer bis 2010 mit einem Hebesatz von 300% noch vergleichsweise günstig weggekommen sind, wurde ab 2011 bereits auf 330 Prozentpunkte kräftig erhöht. Ab 2015 folgte jetzt nach kurzer Zeit bereits die nächste Erhöhung um weitere 30 Basispunkte. **Mieter sind von den Grundsteuererhöhungen genauso betroffen wie Eigentümer, denn sie zahlen die Erhöhungen über ihre Nebenkostenabrechnungen.**

Trotz dieser sehr starken Steuererhöhungen schießt die Verschuldung der Gemeinde Seevetal innerhalb von nur 8 Jahren (2010 => 6,7 Mio. bis 2018 => 37,5 Mio. €) um über 550% in die Höhe!

Alle Schaubilder beziehen sich auf den Sachstand von Anfang März 2015. Am 9. März dieses Jahres hat der

Kreistag des Landkreises Harburg die Kreisumlage, d.h. den Anteil an den Steuereinnahmen, die die Gemeinden an den Landkreis abgeben müssen, um 3% von 48,5% auf 51,5% erhöht.

Diese Erhöhung bedeutet für die Gemeinde Seevetal eine zusätzliche Belastung von ca. 1,4 Mio. Euro pro Jahr⁴ und ist im Schaubild bisher noch nicht berücksichtigt worden, weil der Nachtragshaushalt vor der Veröffentlichung dieser Broschüre noch nicht vorlag.

Nicht nur wegen der Erhöhung der Kreisumlage, sondern auch weil es weitere Kostenrisiken gibt, die bisher noch nicht berücksichtigt worden sind, **geht die Gemeinderatsfraktion der FREIEN WÄHLER davon aus, dass die Schätzungen für die künftige Verschuldung zu optimistisch sind und höchstwahrscheinlich übertroffen werden bzw. die Steuern in absehbarer Zeit weiter erhöht werden.**

Quellen:

¹Haushalt der Gemeinde Rosengarten 2014/2015, Seite 7.

²Haushaltssatzung der Gemeinde Stelle 2015, Seite 2.

³Haushaltssatzung der Gemeinde Seevetal 2015, Seite 4.

⁴Gemeinderatssitzung vom 19.03.2015, Bericht des Kämmerers.

Hauptursachen der Finanzmisere

Sündhaft teures Sportzentrum für 9,25 Mio. €¹ — direkt an der Autobahn mit erheblicher Feinstaubbelastung — wurde beschlossen, ohne dass eigene finanzielle Mittel dafür vorhanden sind => 100% Kreditfinanzierung!

Gemeinden haben Aufgaben, zum Beispiel Gebäude für Schulen und Kindergärten zur Verfügung zu stellen oder gemeindeeigene Straßen und Plätze zu unterhalten, die sie kraft Gesetzes (NKomVG § 4-6/niedersächsische Verfassung) erledigen müssen (=> Pflichtaufgaben). Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, Gelder für andere gemeinnützige Einrichtungen aufzuwenden, zum Beispiel für Vereinsförderung, Schwimmbäder oder Dorfgemeinschaftshäuser...

Eine solide Haushaltspolitik sieht so aus, dass zunächst die Gelder für die Pflichtaufgaben der Gemeinde aus dem Haushalt eingesetzt werden. Wenn danach noch Mittel zur Verfügung stehen, können diese für sonstige gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Überschüsse dürften natürlich auch durch Steuersenkungen abgetragen werden oder als Rücklagen für Unvorhergesehenes angelegt

werden. Bei der Gemeinderatssitzung am 19.12.2012 hat der Gemeinderat beschlossen, ein Sportzentrum direkt an der Autobahn zu bauen, ohne dass hierfür Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Die Baukosten von insgesamt 9,25 Mio. €¹ müssen also komplett fremdfinanziert werden. Zusätzlich zu den Baukosten fallen nach Fertigstellung jedes Jahr ca. 411.000 €² Unterhaltungskosten an, die bei der aktuellen Haushaltslage ebenfalls Jahr für Jahr fremdfinanziert werden müssen.

Die FREIEN WÄHLER haben das Sportzentrum an der Autobahn abgelehnt und einen Alternativvorschlag eingebracht, welcher in Zusammenarbeit mit dem renommierten Architekturbüro Behrens aus Rotenburg mit Standort an der Fleestedter Grundschule entwickelt wurde. Unser Konzept hätte im Vergleich zum Bau an der Autobahn erhebliche Vorteile gebracht.

FREIE WÄHLER-Alternativ-Vorschlag:

- Der Bau einer Sporthalle an der Grundschule würde zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde gehören und somit von der Kreis schulbaukasse finanziell gefördert werden => Einsparungen bei der Finanzierung durch Zuschüsse.
- Die Baukosten wären deutlich günstiger, weil die Erschließung, anders als an der Autobahn bereits vorhanden ist.
- Die vorhandene Schulturnhalle aus den 1960er Jahren mit sehr hohen Unterhaltungskosten- insbesondere Heizkosten - könnte abgerissen werden. Die Unterhaltungskosten würden dann vollständig wegfallen und somit die laufenden Kosten der neuen Halle ausgleichen. Ein zusätzlicher Hausmeister inkl. Wohnung wäre nicht mehr erforderlich, weil bereits an der Grundschule vorhanden.



- Die Lärmbelastung der Anwohner würde sich wesentlich reduzieren, weil die neue Halle auch als Lärmschutzeinrichtung zur Abschirmung des Fußballplatzes - so wie beim Hallenbau in Hittfeld praktiziert - dienen würde.
- Der vorhandene Fußballplatz könnte durch Umgestaltung zu einem Kunstrasenplatz wesentlich häufiger bespielt werden und böte somit deutlich mehr Nutzungsmöglichkeiten für den TUS Fleestedt.

Unser Antrag wurde mit der Mehrheit aus CDU/FDP und SPD/Grüne abgelehnt und der Bau des Sportzentrums an der A7 beschlossen.

Inzwischen hat die Grundschule in Fleestedt eine dringend erforderliche Schulsanierung inkl. Turnhalle beantragt, für die nun keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Weitere dringend erforderliche Baumaßnahmen wie

z. B. der Umbau an der Grundschule in Maschen/Horst können ebenfalls nicht mehr umgesetzt werden. Die FREIEN WÄHLER empfinden diese Entwicklung als Tragödie für Seevetal.

Quellen:

¹Haushaltssatzung 2015 der Gemeinde, Seite 179.

² Sitzung des Bauausschuss v. 28.11.2012, TOP Ö 8.

Das neue Sportzentrum wird westlich der Autobahn errichtet.

Demnächst müssen (hauptsächlich) Fleestedter Kinder und Jugendliche bei erheblichem Lärm und Feinstaubbelastung, insbesondere bei Ostwind (also bei schönem Wetter), Sport treiben.

Es gibt zahlreiche Gutachten zum Thema Feinstaubbelastung an Autobahnen, wie zum Beispiel die vom Bundesamt für Umwelt in Auftrag gegebene Untersuchung zum Thema Feinstaub an Autobahnen vom 29.08.2013. Hier kommt man zu folgendem Ergebnis:

Die MfM-U- (Monitoring flankierende Maßnahmen Umwelt) Resultate stimmen mit den neuesten internationalen Studien überein. Gemäß derzeitigem Stand des Wissens fördern die straßennahen Schadstoffe bei Kindern die Entwicklung von Asthma und lösen Atemwegsbeschwerden bei Kindern und Erwachsenen aus. Zudem wurden in verschiedenen Studien Auswirkungen auf Herz-Kreislaufkrankungen beobachtet.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt in ihrer am 12.06.2012 veröffentlichten Langzeit-Studie zum Schluss, **dass Feinstaub definitiv krebserregend ist und hat Feinstaub mit anderen Stoffen wie z. B. Asbest und Arsen auf eine Stufe gestellt.** Besonders gefährlich sind dabei sehr kleine Partikel, wie sie von modernen Dieselmotoren abgegeben werden. Diese Feinstpartikel können nicht nur in die Lunge, sondern auch in die Blutbahn gelangen und sich so über den ganzen Körper verteilen! Die Feinstaubaufnahme des Körpers erhöht sich natürlich ganz erheblich, wenn in entsprechend belasteter Luft Sport getrieben wird!

Zur Feinstaubbelastung kommt noch eine weitere Schadstoffquelle hinzu, nämlich die Stickoxid- u. die Kohlenmonoxid-Belastungen¹. Die Fakten zeigen auf, dass es in hohem Maße unverantwortlich ist, ein Sportzentrum an der Autobahn zu errichten.

Paradox: Gleichzeitig mit dem Bau der Sportanlage an der A7 soll der schöne am Höpen gelegene Sportplatz inklusive der Tennisplätze nun mit einer dichten Bebauung belegt werden, **die zusätzlichen Verkehrslärm in Fleestedt nach sich ziehen wird.** Davon erhofft man sich einen Erlös von ca. 1,3 Mio. €². Die Kosten für das Sportzentrum von insgesamt 9,25 Mio. € sollen somit auf ca. 8 Mio. € reduziert werden. Dieser Erlös wird sich, wegen notwendiger Erschließungsmaßnahmen (z. B. Straßenbau) allerdings erst 2–3 Jahre nach Fertigstellung des Sportzentrums am Mühlenweg generieren lassen. **Bis unsere Gemeinde die Verkaufserlöse einstreichen kann, werden diese also bereits zu großen Teilen von den Unterhaltungskosten (ca. 411.000,- € pro Jahr³) des neuen Sport-**



zentrums aufgefressen worden sein!

Nach Feststellung dieser erheblichen Nachteile sowohl für die gemeindlichen Finanzen als auch für die Sportler erscheint es völlig unverständlich, dass ein derartig unsinniger Standort für den Bau der Sportanlagen gewählt wurde. Nach feinerer Recherche kommt man dann allerdings doch zu einer Begründung:

Im Zeitungsbericht der HAN⁴ vom 10.10.2010 wird aufgezeigt, dass hochrangige Vertreter der CDU-Fleestedt die Fläche, auf der nun das neue Sportzentrum gebaut werden soll, **zu einem erheblich höheren Preis an die Gemeinde verkauft haben, als dies der Gutachterausschuss festgestellt hat!**

Ein Sachverhalt, der den Straftatbestand der Untreue gemäß § 266 StGB nahe legt!

Quellen:

¹ <https://idw-online.de/de/news139142>.

² Haushaltssatzung 2015 der Gemeinde Seevetal, Seite 17.

³ Sitzung des Bauausschuss v. 28.11.2012, Ö 8.

⁴ Der Artikel ist auf unserer Homepage: www.fw-seevetal.de einsehbar.

Finanzieller Rückschlag durch Fehlplanung in der Lindhorster Heide

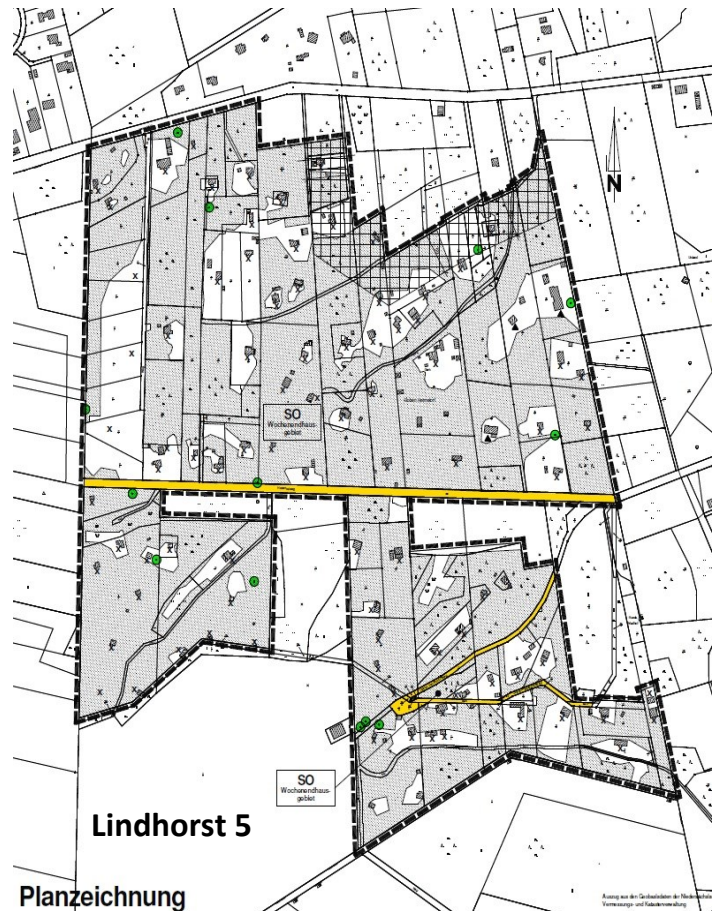
Bewohner werden zur Wohnsitzverlegung gezwungen, wobei die Gemeinde erhebliche Steuereinnahmen verliert!

Am 05.10.2011 hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der FREIEN WÄHLER für das Baugebiet in der Lindhorster Heide die Festlegung: „Wochenendhausgebiet“ beschlossen. Die Größenfestlegungen liegen bei 70m² Grundfläche (Keller+EG+DG) für das Hauptgebäude und 30 m² für das Nebengebäude. **Die Gebäude sind so groß, dass diese dauerhaft bewohnt werden können. Mit Zulassung der Gemeindeverwaltung¹ wurde dort auch bereits seit Jahrzehnten dauerhaft gewohnt.**

Baurechtlich gesehen lässt die Definition Wochenendhausgebiet allerdings keine Dauerwohnnutzung zu. Zulässig ist nur eine Wohnnutzung bis zu 6 Monaten pro Jahr => Nebenwohnsitz. Durch die genannte Planung wurde nun also eine Situation geschaffen, bei der die Häuser weiter bewohnt werden. Die Nutzer der Häuser verursachen auch weiterhin Kosten zu Lasten der Gemeindekasse, z. B. Straßenabnutzung. Die Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer fallen jetzt allerdings zu großen Teilen weg, weil die Bewohner nun dazu genötigt wurden, sich anderweitig mit Hauptwohnsitz anzumelden. Dies sind nach unserer Information hauptsächlich andere Gemeinden bzw. die Hansestadt Hamburg. Gemäß unserer Steuerrechtsprechung (Art. 106 Abs. 5 GG) werden die Einkommenssteueranteile nur an die Kommunen gezahlt, in der die Bürger wohnen, also mit Hauptwohnsitz gemeldet sind.

Die Anteile aus der Einkommenssteuer für die Gemeinde Seevetal betragen für den Haushalt 2015 ca. 23,5 Mio. €². Die Einwohnerzahl beläuft sich (lt. Zensus) auf etwa 40.000. Pro Kopf erhält die Gemeinde Seevetal also durchschnittlich ca. 590 € an Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer pro Jahr. In den ca. 180 vorhandenen Häusern³ könnten etwa 500 Bürger wohnen. Wenn sich alle mit Hauptwohnsitz dort anmelden würden, bekäme die Gemeinde also **ca. 300.000 € an zusätzlichen Steuereinnahmen pro Jahr. Diese Einnahmen gehen nun zu großen Teilen verloren.**

Andere Kommunen mit Wochenendhausgebieten wie zum Beispiel die Stadt Buchholz oder die Gemeinde Garstedt haben eine Planung initiiert, die eine Anmeldung mit Hauptwohnsitz in kleinen Häusern zulässt.



Die Samtgemeinde Elbmarsch lässt sogar zu, dass sich Bürger auf Campingplätzen anmelden können⁴, um die Steuereinnahmen zu sichern. Seevetals Politiker von CDU/FDP und SPD/Grüne halten diese Einnahmequelle offensichtlich nicht für erforderlich.

Es gibt weitere Beispiele für kommunalpolitische Fehlentscheidungen aus der Vergangenheit zu Lasten der Steuerzahler wie z. B. die Planung und der Betrieb des Hellbachhauses oder die Übernahme der Unterhaltungskosten für die Decatur Brücke. Um den Umfang dieser Info-Broschüre nicht zu sprengen, verzichten wir an dieser Stelle zunächst auf weitere Erläuterungen zum Thema Finanzpolitik.

Quellen:

¹ Das Schreiben v. 22.05.1979 ist auf unserer Homepage: www.fw-seevetal.de eingestellt.

² Haushaltssatzung 2015 der Gemeinde Seevetal, Seite 6.

³ B-Plan Lindhorst 1+2+5.

⁴ Winsener Anzeiger: 9. Mai 2014.

Gigantische Tank- u. Rastanlage für Meckelfeld?

Hat Seevetal bald mehr Rastplatz-Parkplätze als die Hansestadt Hamburg?

Zur Historie:

Wie inzwischen bekannt geworden ist, plant der Bund bereits seit 1998 eine große Rastplatzanlage in Meckelfeld. Im Jahre 2000 wurde der von den etablierten Parteien – CDU/FDP/SPD – unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitete Flächennutzungsplan den Bürgern der Gemeinde Seevetal vorgestellt. **Hierin wurden die ökologisch wertvollen Feuchtgebiete (Moor), auf denen heute die Tank- u. Rastanlage entstehen soll, als Fläche von ca. 50ha für Gewerbeansiedlung definiert.** Außerdem wurde ein neuer Autobahnanschluss mit Zufahrt über Hillenklint/Rönneburger Straße geplant, zusätzlich noch eine neue Verbindungsstraße zwischen dem neuen Autobahnanschluss und der Winsener Straße, **der sogenannten Fuchsbergtrasse.**

Vielen Meckelfeldern wurde klar, dass bei Umsetzung dieser geplanten Maßnahmen mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrslärms im Ort zu rechnen gewesen wäre. Da außerparlamentarisch wirkende Bürgerinitiativen in der Regel nicht ernst genommen werden, weil sie keinen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, gründeten Meckelfelder Bürger zusammen mit Bürgern aus Fleestedt und Maschen die Bürgerinitiative Seevetal (B-I-S). Die B-I-S trat zur Kommunalwahl 2001 an und bekam auf Anhieb 7,2% (=> 3 Mandate) der Wählerstimmen.

Der Bürgerinitiative ist es daraufhin gelungen, die Umsetzung des Flächennutzungsplans zunächst abzuwenden. Da es auch an vielen anderen Stellen in der Gemeinde Probleme mit mangelnder Bürgerinformation und Planvorhaben gab, die sich gegen die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger richtete, blieb die B-I-S aktiv und entwickelte sich im Laufe der Zeit zu den FREIEN WÄHLERN Seevetal e.V. weiter.

Es gelang der B.I.S schließlich, dass der Autobahnanschluss und die Fuchsbergtrasse aus dem F-Plan herausgenommen wurden. Es gelang allerdings nicht, dass die Gewerbeflächen, auf denen nun die Tank- u. Rastanlage entstehen soll, aus dem F-Plan herausgenommen wurden. Unsere sogenannten etablierten Parteien (CDU/FDP und SPD) beharrten darauf, besagte Gewerbeflä-



chen im F-Plan zu belassen, ohne diese jedoch für eine Gewerbeansiedlung weiterzuentwickeln.

Im Jahre 2012 wurde nun das Bauleitplanverfahren für eine gigantische Tank- u. Rastanlage (ca. 280 LKW- u. ca. 310 PKW-Stellplätze) vom Bundesverkehrsamt veröffentlicht und soll nun zügig umgesetzt werden. Der Gemeinde Seevetal war laut Aussage vom ehemaligen Bürgermeister Günter Schwarz (SPD) bereits lange vor 2012 bekannt, dass der Bund eine Rastplatzanlage an besagter Stelle plant¹. Wir fragen uns, warum unsere etablierten Parteien nicht darauf reagierten und die Flächen als Landschaftsschutz- bzw. Naturschutzflächen auswiesen, wie es die Bürgerinitiative Seevetal bis dato immer wieder gefordert hatte?

Dank des intensiven Engagements vieler Meckelfelder Bürgerinnen und Bürger, die über 6.000 Unterschriften gegen die Tank- und Rastanlage gesammelt haben, sprechen sich inzwischen auch CDU/FDP/SPD gegen die geplante Tank- und Rastanlage aus. Auf dem Klagewege soll gegen den Bebauungsplan vorgegangen werden.

Nachdem besagte Flächen nach wie vor als Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Seevetal deklariert sind, haben sich die Chancen, das Gerichtsverfahren zu gewinnen, allerdings deutlich verschlechtert.

Ein gravierender Formfehler im Bauleitplanverfahren ist sicherlich die unzureichende Prüfung von Alternativstandorten. Es wurde nur in Niedersachsen geprüft und die in Frage kommenden Standorte im angrenzenden HH-Neuland und HH-Stillhorn nicht mit einbezogen. Ob der zuständige Richter des OVG-Lüneburg diese Ermessenfehler als gravierend genug einschätzen wird, um das B-Plan-Verfahren abzuwenden, wird sich herausstellen.

Eine weitaus wirkungsvollere Möglichkeit, die gigantische Rastplatzanlage im ökologisch hochwertigen Moorgebiet noch zu stoppen, als durch ein gerichtliches Verfahren, wäre, dort anzusetzen, wo die Entscheidungen getroffen werden, nämlich in der Bundespolitik.

Unsere Bundestagsabgeordneten Herr Grosse-Brömer (CDU) und Frau Svenja Stadler (SPD) haben sich bezüglich der Abwendung besagter Rastplatzanlage bisher erfolglos eingesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob sich hieran noch etwas ändern wird?

Die FREIEN WÄHLER unterstützen die Meckelfelder Bürgerinnen und Bürger nach wie vor dabei, die hochwertigen Moorflächen in der Elbmarsch vor jeglicher gewerblicher Bebauung zu bewahren.

Quellen:

¹Anlässlich einer Info-Veranstaltung am 24.03.15.

Straßen, Wege, Plätze und Sielleitungen in vielen Gemeindeteilen marode Wegen ausbleibender Sanierungen werden Neubauten zu Lasten der Anlieger provoziert.

Um Gemeindestraßen möglichst lange zu erhalten, müssen sie in regelmäßigen Abständen saniert werden. Kommt es über einen längeren Zeitraum zu einer Vernachlässigung der Straßeninstandsetzung, wird ein Neubau schließlich unausweichlich.

Aufgrund der schlechten Haushaltspolitik (siehe Seiten 1-5) befürchten die FREIEN WÄHLER, dass die Sanierung in vielen Gemeindeteilen zurückgefahren wird. Straßenneubauten zu Lasten der Anlieger werden somit wissentlich in Kauf genommen.

Zur Erläuterung:

Die Straßensanierung muss zu 100% aus dem gemeindlichen Haushalt bezahlt werden, beim Neubau braucht die Gemeinde entsprechend

unserer Straßenausbaubeitragssatzung § 4 in der Regel nur 25% der Baukosten aufzuwenden. Wesentlich stärker belastet werden die Anlieger, welche dann die verbleibenden bis zu 75% zahlen müssen.

Im Sielbau liegt der Fall ähnlich. Eine Sanierung der Regenwassersiele durch „Inliner“ hält etwa genauso lange wie ein Neubau, nämlich ca. 40-50 Jahre, und ist erheblich günstiger. Diese Sanierungsvariante muss allerdings zu 100% von der Gemeinde bezahlt werden. Beim Neubau des Kanals tragen die Anwohner bis zu 75% der Baukosten.

Quelle:

¹zum Beispiel: www.tkm-service.de.



Straßenschäden: Buchenweg Fleestedt

Bundespolitik wälzt Flüchtlingsprobleme auf die Kommunen ab.

Defizite bei der Entwicklungspolitik von Bund und Europa führen zu einem stetig wachsenden Flüchtlingsstrom.

Während sich Frau Merkel und Herr Schäuble gegenseitig auf die Schulter klopfen und mit ihrer angeblich so soliden Finanzpolitik prahlen, werden gewaltige finanzielle Belastungen für die Unterbringung der Asylbewerber auf die Kommunen abgewälzt.

Der Landkreis Harburg musste in 2014 ca. 12,4 Mio. €¹ für die Unterbringung von Asylbewerbern aufbringen. Im nächsten Jahr werden es voraussichtlich ca. 18 Mio. €¹ sein. Die festgesetzten Zuschüsse von den Bundesländern sind von diesen Kostenansätzen bereits abgezogen worden, reichen also bei weitem nicht aus.

Auf ganz Deutschland hochgerechnet müssen zweistellige Milliardenbeträge für die Asylunterbringung eingesetzt werden.

Wir sind der Auffassung, dass diese Gelder viel besser dafür geeignet wären, den Menschen in den Krisengebieten vor Ort z. B. durch die Einrichtung neutraler Zonen zu helfen. Durch den Einsatz von Geld ließen

sich sicherlich auch diverse politische/militärische Konflikte eindämmen. Dadurch könnte man nicht nur das Ausmaß des Flüchtlingsstromes auf ein organisierbares Maß reduzieren, sondern auch den zahlreichen Menschen in Krisengebieten, welchen die Flucht nicht gelingt, echte Hilfe bereitstellen. Schleuser nehmen nämlich hohe Geldbeträge, die sich nur die finanziell besser Gestellten leisten können. Die Übrigen bleiben vor Ort und sind den Gewaltregimes schutzlos ausgeliefert.

Wir fordern die Bekämpfung der Ursachen (=>Hilfe in den Krisengebieten vor Ort), anstatt nur die Auswirkungen durch notdürftige Unterbringung der Flüchtlingsströme in der EU zu regeln.

Deutschlandweit gab es Ende 2014 ca. 145.000² abgelehnte Asylanträge. Die Antragsteller werden allerdings nicht in ihre Heimat zurückgeschickt. Dadurch spitzt sich das Flüchtlingsproblem weiter zu. Vor diesem Hin-

tergrund stellt sich die Frage, warum überhaupt der Kostenaufwand betrieben wird, Asylverfahren durchzuführen, wenn diese ohne Wirkung bleiben?

Aus kommunalpolitischer Sicht möchten wir eine bessere Integration der bereits in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge erreichen. Dies gelingt in erster Linie dann, wenn vor dem Bau von Flüchtlingsunterkünften mit den Bewohnern im näheren Umfeld durch Vertreter der Gemeinden bzw. des Landkreises Kontakt aufgenommen wird, um Ängsten und Sorgen zu begegnen. Durch eine bereits im Vorfeld einer Asylbewerberansiedlung betriebene intensive Aufklärungsarbeit ließe sich die Organisation von integrativen Maßnahmen wie z. B. lokal organisierter Sprachkurse erleichtern.

Quellen:

¹Nachtrags-Haushalt 2015 des Landkreis Harburg Seite: 13.

²BAMF.

Handlungskonzept zum Flächennutzungsplan

Immer mehr Bebauungen führen zu immer größerer Verkehrs- und Lärmbelastung. Einzelorte wachsen zusammen. Wichtige wohnortnahe Grünflächen gehen für die Naherholung verloren.

Im Sommer 2012 hat der Ausschuss für Umweltschutz und Planung die Beratungen zum Flächennutzungsplan 2025 (FNP) aufgenommen.

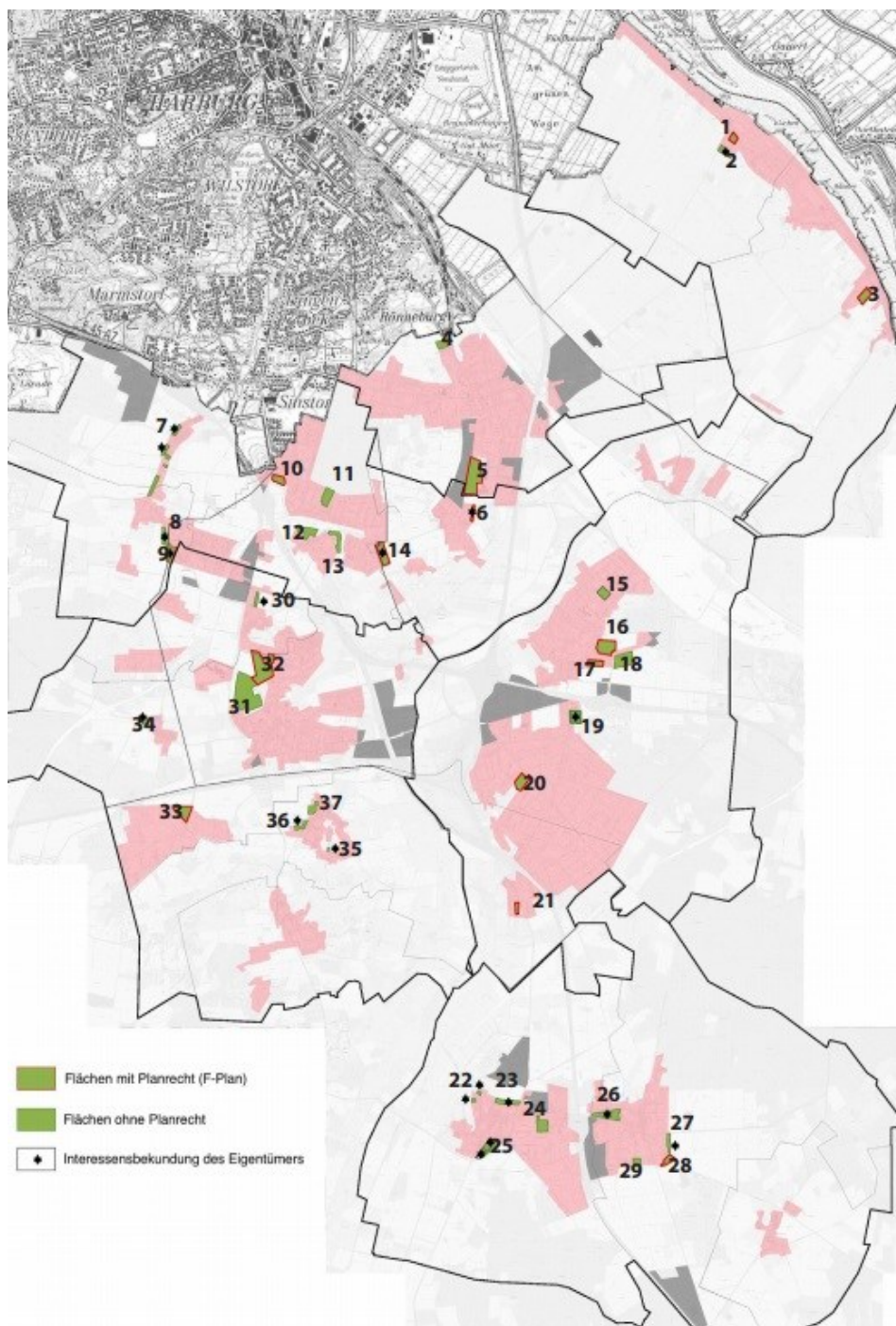
In der Diskussion, ob ein neuer FNP aufgestellt oder der alte FNP fortgeschrieben werden soll, wurde schnell deutlich, dass in beiden Fällen außer einem erheblichen Arbeitsaufwand auch Kosten im sechsstelligen Eurobereich anfallen würden. Zusätzlich wäre die Erarbeitung eines formellen Landschaftsplanes bei Neuaufstellung des FNP erforderlich. Als kostengünstige Alternative wurde deshalb ein „Informelles Handlungskonzept“ gemäß §1 Abs. 6 Nr.11 Baugesetzbuch für die nächsten 10-15 Jahre erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen.

Im Handlungskonzept zum Flächennutzungsplan gibt es vernünftige Ansätze, zum Beispiel die Arrondierungen von Wohnbaugebieten und die moderate Erschließung von Gewerbeflächen. Allerdings findet man in der Planung auch diverse Widersprüche und Entwicklungen, welche sich gegen die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungen richten oder fraktionsübergreifende Grundsatzfestlegungen in Frage stellen. Auf einige aus unserer Sicht problematische Entwicklungen werden wir nachfolgend eingehen.

Auf der Seite 24 des „Informellen Handlungskonzeptes“ wird bekundet, dass die Einzelorte von Seevetal erhalten bleiben sollen. Ein Zusammenwachsen soll also verhindert werden.

Wenn man sich die Ausweisungen der Wohnbau- u. Gewerbeflächen zum Beispiel von Hittfeld, Emmelndorf und Fleestedt ansieht, wird allerdings schnell deutlich, dass bei der Umsetzung dieser Festlegungen eine kleinstädtähnliche Gesamtstruktur dieser Orte entstehen würde. Besagte Orte würden dann also doch zusammenwachsen.

Die Baulandausweisungen für die sogenannten Erdbeerfelder in Meckelfeld zeichnen ein Zusammenwachsen der



Das Bild zeigt die zusätzlichen Wohnbauflächen nach Prioritäten¹

Orte Meckelfeld und Glüsing vor.

Es wird zwar fraktionsübergreifend festgelegt, dass die Einzelorte erhalten bleiben sollen. Gleichzeitig werden Baulandflächen ausgewiesen, die genau diese Festlegung untergraben. Ein Widerspruch der so wesentlich ist, dass

die FREIEN WÄHLER das „Informelle Handlungskonzept“ in Teilbereichen ablehnen.

Quelle:

¹Handlungskonzept zum F-Plan 2001

Plangebiet Schwarzer Weg/Am Küstergarten in Hittfeld:

Bürgerbeteiligung wird mit hohem Kostenaufwand betrieben aber bei der anschließenden Entscheidung ignoriert.

Am Beispiel des Plan-Gebietes Schwarzer Weg/Am Küstergarten wird deutlich, dass die Vertreter unserer sogenannten etablierten Parteien Bürgerbeteiligungen vor allem als taktisches Manöver zur Beschwichtigung verstehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden zwar angehört, haben aber keinerlei Einfluss auf die politischen Entscheidungen, welche in der Regel bereits lange vor der Bürgerbeteiligung im „stillen Kämmerlein“ getroffen worden sind.

Zur Historie:

Um möglichst viel Geld aus dem künftigen Baugebiet Schwarzer Weg/Am Küstergarten herauspressen zu können, sollten die Freiflächen möglichst flächendeckend bebaut werden. Eine äußere Leitungsinfrastruktur wurde notwendig, um die großen Mengen an zu erwartendem Oberflächenwasser ableiten zu können. In vertraulichen Sitzungen wurden nun die Optionen für diese äußere Erschließung ausgearbeitet. Ohne die Bürger über diese tiefgreifende Entscheidung zu informieren, wurde, wie aus heiterem Himmel, zur Ortsratsitzung am 24.11.2009 unter Tagesordnungspunkt Ö 10 folgender Beschlussvorschlag gemacht:

Der Ortsrat empfiehlt... die Entwässerung des geplanten Baugebietes Hittfeld 32 "Schwarzer Weg/Am Küstergarten" insgesamt bzw. in Teilbereichen über die dargestellte(n) Variante(n) „Nummer“ sicherzustellen.

Die Varianten wurden auf der Sitzung vorgestellt. Es ging darum, größere Abwasserrohre zu verlegen. Die Straßen hätten dazu so weit aufgerissen werden müssen, dass ein Neubau erforderlich geworden wäre. Sämtliche Kosten der äußeren Erschließung (Straßenbau und Abwasserleitungen) sollten zu 75% auf die ortsansässigen Bürger abgewälzt werden, um möglichst viel Geld aus dem Verkauf der künftigen Baugrundstücke zu erlösen.

Auf Drängen der FREIEN WÄHLER gelang es, den Beschluss zum besagten Tagesordnungspunkt zu verschieben. Nach der Sitzung informierte unser Fraktionsvorsitzende Willy Klingenberg die von dem Bauvorhaben betroffenen Bürger bei einer Informationsveranstaltung am 2. Februar 2010 in der „Burg Seevetal“ über den Sachverhalt. Das Interesse war so groß, dass über 100 Bürger anwesend waren. In der Folge veranstalteten die FREIEN WÄHLER weitere Info-Veranstaltungen.

Erst auf massives Drängen der Hittfelder Bürger ließen sich Ortsbürgermeister Nordert Fraederich (CDU) und der damalige Gemeindevorstand Günter Schwarz (SPD) endlich dazu herab, auch eine Info-Veranstaltung (15.04.2010) zusammen mit der Planungsabteilung der Gemeinde Seevetal im großen Saal der Burg zu veranstalten. In der Folge hat unser ehemaliges Ehren-Mitglied Heinz Rundeshagen(†) eine schriftliche Bürgerbefragung bei 1407 Hittfelder Bürgerinnen und Bürgern mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Gegen ein Neubaugebiet in Hittfeld stimmten 1006 Personen, dafür stimmten 170 Personen, 231 enthielten sich der Stimme. Alle Stimmzettel inklusive Unterschriften der



Baulandflächen: Am Küstergarten/Schwarzer Weg/ Göhlenbach

befragten Bürger wurden beim damaligen Bürgermeister Günter Schwarz eingereicht.

Zwischen November und Dezember 2012 fand eine vom Planungsbüro Mehring organisierte umfassende Bürgerbeteiligung in Workshops statt. Dabei ist zusammenfassend folgendes herausgekommen¹:

- Sichtachsen von der L 213 und von der Burg zur Kuppe sind freizuhalten
- Bürgerpark mit Fuß- u. Radwegen
- Moderate, kleinteilige Bebauung

Daraufhin wurden vom Planungsbüro Mehring vier Gestaltungsvarianten erarbeitet, von denen die Varianten C (ca. 105 Grundstücke) und D (ca. 100 Grundstücke) weiter untersucht werden sollten. Von einer moderaten, kleinteiligen Bebauung war also keine Rede mehr. Aber es kam noch schlimmer:

Auf der Ortsratssitzung am 25.09.2014 wurde plötzlich eine Variante mit ca. 340 Wohneinheiten vorgestellt. Danach wurde trotz massiver Bedenken des Ortsrates dieser neue Entwurf in das Handlungskonzept aufgenommen (=>Gemeinderatsbeschluss vom 17.12.2014).

Das Prozedere zeigt, mit welcher Arroganz die Vertreter unsere sog. etablierten Parteien mehrheitlichen Bürgerwillen inkl. Ortsrat ignorieren und in „geheimen Sitzungen“ Fakten schaffen, die jede Bürgerbeteiligung ad absurdum führt. Informationen zum weiteren Ausblick finden Sie auf der nächsten Seite.

Wie geht es nun weiter:

Die gesamte Fläche wurde in einen nördlichen und einen südlichen Teil untergliedert (s. Abb. Seite 9). Die südliche Fläche wurde als ad hoc-Fläche definiert (=> zügige Umsetzung).

Bei der Erschließung der südlichen Flächen werden wir darauf drängen, dass die Gemeinde selbst die Erschließung durchführt, also keine Abgabe an einen externen Investor erfolgt! Es soll ein Bewerbungsverfahren initiiert werden, das ortsansässige Bürger bevorzugt. Außerdem werden wir uns für eine stufenweise Erschließung einsetzen, die über

einen möglichst langen Zeitraum Bauland-Flächen für Ortsansässige anbieten kann. Wir favorisieren eine Bebauung mit Einfamilien- u. Doppelhäusern.

Ob sich die Bebauung der nördlichen Flächen (Priorität 2) abwenden lässt, wird nicht von Bürgerbeteiligungen, **sondern maßgeblich von den politischen Mehrheiten nach der Kommunalwahl 2016 abhängen.**

Quelle:

¹Das Dokument mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung ist von der Homepage der Gemeinde verschwunden. Das Ergebnis ist allerdings im Protokoll der UPLA –Sitzung v. 20.03.2012 nachzulesen.

Meckelfeld soll noch größer werden!

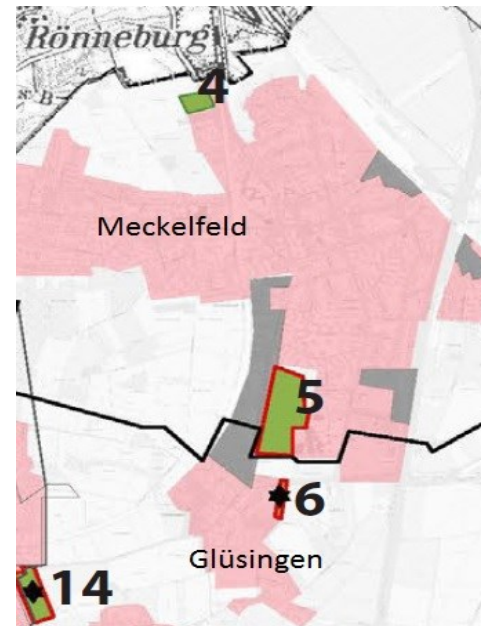
Über eine Entwicklung der sogenannten Erdbeerfelder östlich der Glüsinger Straße in Meckelfeld ist in der Vergangenheit bereits kontrovers diskutiert worden. Nun steht die gesamte Fläche für eine Wohnbauentwicklung (Priorität 2) zur Verfügung.

Die FREIEN WÄHLER könnten sich eine anteilige Entwicklung (bis auf Höhe des Gymnasiums) der Erdbeerfelder zur Abrundung des Ortes und der Entschärfung des Blickes auf die mehrgeschossige Bebauung im Hintergrund vorstellen. Bei der Entwicklung der gesamten Flächen würde jedoch ein Zusammenwachsen von Meckelfeld und Glüsing vollzogen. Eine derartige Entwicklung sehen wir kritisch.

Von einer Entwicklung westlich der

Rönneburger Straße in Richtung Hamburg sollte nach unserer Einschätzung Abstand genommen werden. Hier gilt es, ein Zusammenwachsen von Seevetal mit Hamburg zu verhindern. In diesem Bereich muss eine Sichtachse auf freie Landschaft erhalten bleiben, weil die östliche Seite der Rönneburger Straße bereits im Altbestand mit Hamburg verschmolzen ist.

Fazit: Meckelfeld ist bereits sehr dicht besiedelt und in weiten Teilen sehr stark verlärm. Außerdem droht der Bau einer Tank- und Rastanlage, auf die wir nachfolgend noch näher eingehen werden. Aufgrund dieser Situation sollte mit der Entwicklung weiterer Bauflächen sehr vorsichtig umgegangen werden!



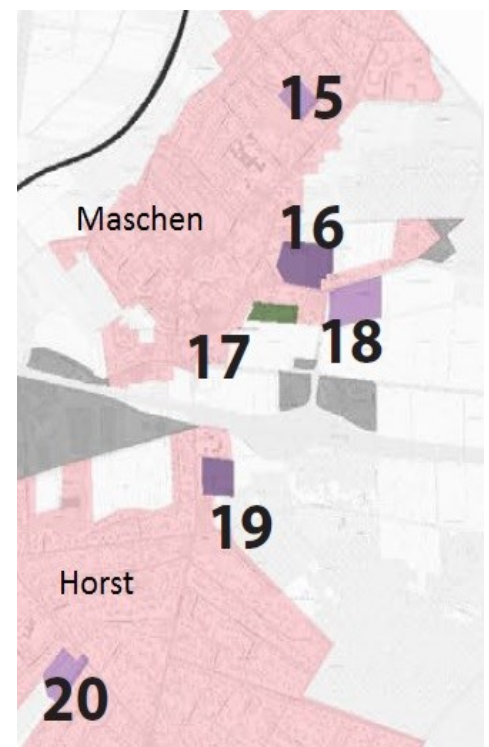
Neue großflächige Gewerbeansiedlungen in Maschen Ost

Im Rahmen der Beratungen zum Flächennutzungsplan 2025 wurde für die Entwicklung von Maschen der Workshop „Maschen Ost“ eingerichtet. Besetzt ist dieser mit den Mitgliedern des Ortsrats Maschen/Horst/Hörsten, dem Ausschuss für Umweltschutz und Planung, der Verwaltung und dem Städteplanungsbüro Clausen und Seggelke. Heraus kam eine ca. 12 ha große Wohnbebauung und ca. 25 ha Gewerbeentwicklungsflächen.

Gegen eine Ansiedlung von Gewerbe zwischen der BAB und der Winsener Straße/ K86 sowie auf dem sogenannten Sonnenblumenfeld und eine moderate Wohnbebauung in der Ortsrandlage ist sicher nichts einzuwenden. Falls allerdings eine namhafte, bereits in Seevetal ansässige Einzelhandelskette in Maschen ihr Zentrallager an-

siedeln wollen würde, käme noch eine zusätzliche Gewerbefläche von 17,5 ha nördlich der K 86 dazu. Die gewerbliche Bebauung dieser nördlichen Fläche in Richtung Naherholungsgebiet „Maschener Moor“ lehnen wir ab. Abgesehen von der weiteren baulichen Entwicklung gibt es bereits jetzt erhebliche Verkehrsprobleme, die gelöst werden müssen, bevor eine weitere bauliche Entwicklung überhaupt stattfinden kann.

Fazit: Insgesamt gesehen trägt Maschen die Hauptlast der geplanten Gewerbeflächen-Entwicklungen von Seevetal in den nächsten zehn Jahren. Hier gilt es, für Mensch und Natur erträgliche Abstimmungen zu konstruieren, welche auch die Verkehrs- u. Lärmproblematik in besonderer Weise berücksichtigt.



FREIE WÄHLER suchen Unterstützerinnen und Unterstützer für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik.

FREIE-WÄHLER-Gemeinschaften sind dezentral organisiert und in ganz Deutschland aktiv (Mitgliederstand ca. 260.000). Zur Hauptaufgabe gehört die Einflussnahme auf die politische Willensbildung im Sinne einer sachbezogenen, nicht an Ideologie und Gruppenegoismen orientierten Politik unter Beachtung der im Grundgesetz enthaltenen Werte.

Hierbei kommt es vor allem darauf an, Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig vor wichtigen politischen Entscheidungen zu informieren und sie aktiv in die politische Willensbildung einzubeziehen. In diesem Sinne suchen wir fachlich interessierte und von unseren Grundsätzen (siehe unten) überzeugte Persönlichkeiten, die an der Gestaltung unserer Gemeinde aktiv mitwirken möchten.

FREIE WÄHLER – Gestalter der Zukunft

Wir sind Teamplayer und erwarten dies auch von unseren Mitstreitern. Hierarchien sind uns fremd. Alle Mandatsträger sind gleichberechtigt. Wir führen unsere Diskussionen sachlich ohne ideologische Zwänge und Lobbyeinflüsse.

Die politische Arbeit in den Räten und Ausschüssen ist interessant und abwechslungsreich, erfordert allerdings auch ein hohes Maß an Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde Seevetal und unseres Landkreises Harburg.

Ihre Vergütung misst sich an der Gewissheit, einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten. **Aufwandsentschädigungen werden gezahlt¹**. Für eine erste Kontaktaufnahme und weiterführende Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sie erreichen uns unter: Telefon: 0177-2487665 und Email- Adresse: willy.klingenberg@freiewaehler.eu



Willy Klingenberg (Vorsitzender)

¹Genauere Informationen erhalten Sie bei der Teilnahme an unseren Informationsveranstaltungen am 21. Mai und 4. Juni 2015, jeweils ab 19.00 Uhr im Hotel Derboven, Karoxbosteler Chaussee 68. Bitte melden Sie sich rechtzeitig an, damit wir entsprechend planen können.

Unsere Grundsätze:

Gängige Praxis in unserer Gemeinde ist es, wichtige politische Entscheidungen im „stillen Kämmerlein“ vorzubereiten und zu beschließen. Nachdem die Beschlüsse gefasst worden sind, werden die Bürger insofern beteiligt, dass sie Fragen stellen dürfen. Meinungen dürfen nicht geäußert werden, schon gar nicht darf der politische Beschluss in Frage gestellt werden. Die FREIEN WÄHLER Seevetal halten diese Vorgehensweise für unerträglich und fordern mehr Bürgerbeteiligung vor wichtigen politischen Entscheidungen. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Bürger müssen bei wichtigen politischen Entscheidungen frühzeitig und umfassend informiert werden.
- Wir benötigen eine deutliche Ausweitung der Bürgerstimmrechte bei politischen Entscheidungen.
- Freie Meinungsäußerung durch die Bürger auf Rats- oder Ausschusssitzungen (nicht nur „fragen dürfen“!).
- Runder Tisch als »Standard« für Bürgervertretungen bei wichtigen Projekten.
- Bürokratische Hürden für Bürgerentscheide müssen herabgesetzt werden.

Utopie? Überhaupt nicht – die Schweiz macht es uns vor: Direkte Demokratie fördert Wohlstand!

Kommunale Ziele, insbesondere für Seevetal:

- Maßvolle und begrenzte Gewerbe- und Wohnbebauung, die sich am organischen Wachstum der Seevetaler Ortsteile orientiert und nicht dazu beiträgt, den Interessen der Hansestadt Hamburg Rechnung zu tragen.
- Eindämmung von Lärm- und Schadstoff-Emissionen, speziell im Bereich Gewerbe und Verkehr.
- Keine Logistik-Parks für Hamburg! – Lärmschutz an Eisen- und Autobahnen!

Weitere Inhalte finden Sie auf unserer Homepage.

FREIE WÄHLER ✓ Seevetal



FREIE WÄHLER in Seevetal, eine Erfolgsgeschichte

unabhängig • sachbezogen • bürgernah

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass die politischen Entscheidungen unserer sogenannten etablierten Parteien oft weit an ihren Vorstellungen vorbeigehen. In vertraulichen Sitzungen werden Fakten geschaffen und die Bürger dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

Um dieser Art von Politikverständnis entgegenzuwirken, hat sich im Jahre 2001 aus drei Seevetaler Bürgerinitiativen die Bürgerinitiative Seevetal (B-I-S) als eingetragener Verein gegründet und, wie auf dem Schaubild zu erkennen, erfolgreich weiterentwickelt. Im Jahre 2010 wurde die B-I-S in FREIE WÄHLER-Seevetal umbenannt. Seit 2011 sind die FREIEN WÄHLER auch im Kreistag des Landkreises Harburg vertreten.



Unsere Politik

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die FREIEN WÄHLER sind nicht nur unabhängig und sachbezogen, sondern verstehen sich auch als Informationsplattform für Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen es als unsere Pflicht an, betroffene Bürger rechtzeitig vor wichtigen Entscheidungen zu informieren und in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Für Sie im Gemeinderat:



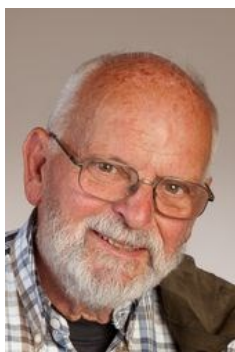
Willy Klingenberg



Klaus Prigge



Dr. Irmelin Schütze



Werner Zimmer



Henning Drewes



Hans-Ulrich Grässel

Unsere Mandatsträger in den Seevetaler Ortsräten finden Sie auf unserer Homepage.

Herausgeber: FW FREIE-WÄHLER-Gemeinschaft Landkreis Harburg e.V.

Am Erlengrund 3 • 21218 Seevetal • Telefon: 0177 / 2487665

Telefax: 04105 / 635919 • Email: info@fw-seevetal.de

www.fw-seevetal.de

V.i.S.d.P.: Willy Klingenberg, Druck: bymedia - Stefan Dahm, Urneburger Str. 52, 27777 Ganderkesee, Auflage: 18.000 Exemplare

unabhängig • sachbezogen • bürgernah